

1961	Ausgegeben zu Bonn am 16. Mai 1961	Nr. 32
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
10. 5. 61	Gesetz zur Änderung des Länderfinanzausgleichsgesetzes 1958 und des Fünften Überleitungsgesetzes	517
17. 4. 61	Verordnung zur Durchführung der Bundesdisziplinarordnung für den Bundesgrenzschutz .. <i>Ersetzt Bundesgesetzbl. III 2031-1-2.</i>	519
8. 5. 61	Dritte Verordnung zur Änderung der Ersten, Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes	521
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	530

Gesetz zur Änderung des Länderfinanzausgleichsgesetzes 1958 und des Fünften Überleitungsgesetzes

Vom 10. Mai 1961

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Änderung des Länderfinanzausgleichsgesetzes 1958

Das Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern vom Rechnungsjahr 1958 an (Länderfinanzausgleichsgesetz 1958) vom 5. März 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 73) in der Fassung des § 36 des Gesetzes zur Einführung von Vorschriften des Lastenausgleichsrechtes im Saarland vom 30. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 637) wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 2 erhält Satz 2 folgende Fassung:

„Von den Einnahmen des Saarlandes aus der Vermögensteuer wird der Hundertsatz abgesetzt, um den die Vermögensteuereinnahmen der anderen Länder nach Satz 1 gekürzt werden.“;

2. in § 5 Abs. 1 und 2 wird jeweils das Wort „Rechnungsjahr“ durch das Wort „Kalenderjahr“ ersetzt;

3. in § 5 Abs. 5 werden das Wort „Kalenderjahr“ durch das Wort „Ausgleichsjahr“ und nach dem Wort „haben“ der Beistrich durch einen Punkt ersetzt; die Worte „das in dem Ausgleichsjahr endet“ fallen weg;

4. in § 6 Abs. 1 werden die Worte „30. September“ durch die Worte „30. Juni“ ersetzt;

5. in § 9 Abs. 1 Nr. 1 wird das Wort „Kalenderjahr“ durch das Wort „Jahreszeitraum“ ersetzt; ferner werden die Worte „das dem Ausgleichsjahr vorausgeht“ ersetzt durch die Worte „der am 30. September des vorausgehenden Jahres endet“;

6. in § 9 Abs. 1 Nr. 2 wird das Wort „Kalenderjahr“ durch das Wort „Jahreszeitraum“ ersetzt; ferner werden die Worte „das dem Ausgleichsjahr vorausgeht“ ersetzt durch die Worte „der am 30. Juni des vorausgehenden Jahres endet“;

7. in § 9 Abs. 1 Nr. 3 werden die Worte „30. September“ durch die Worte „30. Juni“ ersetzt;

8. in § 9 Abs. 2 werden die Worte „im vorausgehenden Kalenderjahr“ ersetzt durch die Worte „in dem für die vorläufige Bemessung zugrunde gelegten Jahreszeitraum“.

§ 2

Länderfinanzausgleich für das Ausgleichsjahr 1960

Der Finanzausgleich unter den Ländern ist für das Ausgleichsjahr 1960 nach dem Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern vom Rechnungsjahr 1958 an vom 5. März 1959 unter Berücksichtigung folgender Änderungen durchzuführen:

1. In § 4 Abs. 1 und 2, in § 7 Abs. 3 und 4 sowie in § 8 tritt an die Stelle des Ausgleichsjahres der Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1960;

2. die in § 4 Abs. 3 und 4 bezeichneten Beträge werden um ein Viertel gekürzt;

3. in § 5 Abs. 5 tritt an die Stelle des Kalenderjahres, das in dem Ausgleichsjahr endet, der Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 1960;

4. in § 6 Abs. 1 tritt an die Stelle des 30. September der 30. Juni;

5. der Zahlungsverkehr nach § 10 wird auf die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1960 beschränkt.

§ 3

Länderfinanzausgleich für das Ausgleichsjahr 1961

Der Bund erstattet den Ländern die Beträge, die die Länder durch die Einbeziehung des Saarlandes in den Länderfinanzausgleich in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1961 mehr leisten oder weniger empfangen.

§ 4

Anderung des Fünften Überleitungsgesetzes

§ 6 des Gesetzes zur Überleitung von Lasten und Deckungsmitteln vom Saarland auf den Bund vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 335) wird wie folgt geändert:

1. In den Absätzen 1 und 2 werden die Worte „31. März 1961“ durch die Worte „31. Dezember 1960“ ersetzt;
2. in Absatz 3 werden die Worte „1. April 1961“ durch die Worte „1. Januar 1961“ ersetzt.

§ 5

Ermächtigung

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, den Wortlaut des Länderfinanzausgleichsgesetzes 1958 in der vom Rechnungsjahr 1961 an geltenden Fassung mit neuem Datum und unter neuer Überschrift bekanntzumachen.

§ 6

Geltung in Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 7

Inkrafttreten

§ 1 dieses Gesetzes tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1961 in Kraft; im übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 10. Mai 1961

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

**Verordnung zur Durchführung der Bundesdisziplinarordnung
für den Bundesgrenzschutz¹⁾**

Vom 17. April 1961

Auf Grund des § 24 Abs. 3 und der §§ 111 und 120 der Bundesdisziplinarordnung vom 28. November 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 749, 761) wird verordnet:

Artikel 1

Dienstvorgesetzte

Dienstvorgesetzte im Bundesgrenzschutz im Sinne des § 24 BDO sind

1. in der Grenzschutztruppe
 - a) der Bundesminister des Innern,
 - b) der Inspekteur des Bundesgrenzschutzes, der Kommandeur eines Grenzschutzkommandos und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung,
 - c) der Kommandeur der Grenzschutzschulen, der Kommandeur einer Grenzschutzgruppe und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung,
 - d) der Kommandeur einer Grenzschutzabteilung und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung,
 - e) der Führer einer Grenzschutzhundertschaft und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung;
2. im Grenzschutzeinzeldienst
 - a) der Bundesminister des Innern,
 - b) der Leiter der Grenzschutzdirektion,
 - c) der Vorsteher eines Grenzschutzamtes;
3. in der Verwaltung des Bundesgrenzschutzes
 - a) der Bundesminister des Innern,
 - b) der Leiter einer Grenzschutzverwaltung.

Artikel 2

Disziplinarbefugnisse

(1) Oberste Dienstbehörde im Sinne des § 24 Abs. 2 Nr. 1 BDO ist der Bundesminister des Innern.

(2) Die der obersten Dienstbehörde unmittelbar nachgeordneten Dienstvorgesetzten im Sinne des § 24 Abs. 2 Nr. 2 BDO sind

1. in der Grenzschutztruppe
 - a) der Inspekteur des Bundesgrenzschutzes,
 - b) der Kommandeur eines Grenzschutzkommandos und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung;
2. im Grenzschutzeinzeldienst
 - der Leiter der Grenzschutzdirektion;
3. in der Verwaltung des Bundesgrenzschutzes
 - der Leiter einer Grenzschutzverwaltung.

(3) Die Disziplinarbefugnisse der übrigen Dienstvorgesetzten werden folgendermaßen abgestuft:

1. In der Grenzschutztruppe können verhängen
 - a) Warnungen, Verweise und Geldbußen bis zu einem Viertel der einmonatigen Dienstbezüge

der dem Inspekteur des BGS unmittelbar nachgeordnete Kommandeur der Grenzschutzschulen,

der dem Grenzschutzkommando unmittelbar nachgeordnete Kommandeur einer Grenzschutzgruppe und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung,

¹⁾ Ersetzt Bundesgesetzbl. III 2031-1-2.

- b) Warnungen, Verweise und Geldbußen bis zu einem Sechstel der einmonatigen Dienstbezüge
 der Kommandeur einer Grenzschutzabteilung
 und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung,
- c) Warnungen und Verweise gegenüber allen unterstellten Grenzschutzbeamten sowie Geldbußen bis zu einem Achtel der einmonatigen Dienstbezüge gegenüber unterstellten Grenzschutzbeamten der Besoldungsgruppen A 1 bis einschließlich A 6
 der Führer einer Grenzschutzhundertschaft

und Dienstvorgesetzte in entsprechender Dienststellung;

2. im Grenzschutzeinzeldienst kann verhängen Warnungen, Verweise und Geldbußen bis zu einem Viertel der einmonatigen Dienstbezüge
 der der Grenzschutzdirektion unmittelbar nachgeordnete Vorsteher eines Grenzschutzamtes.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Durchführung der Bundesdisziplinarordnung für den Bundesgrenzschutz (Vollzugsdienst) vom 13. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 289)²⁾ außer Kraft.

Bonn, den 17. April 1961

Der Bundesminister des Innern
 Dr. Schröder

²⁾ Bundesgesetzbl. III 2031-1-2

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Ersten, Zweiten und Dritten Verordnung
zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes**

Vom 8. Mai 1961

Auf Grund der §§ 27, 42 und 126 des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel I

Änderung der 1. DV-BEG

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (1. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 25. Februar 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 130) wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 5 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Je volle 50 Deutsche Mark der zu berücksichtigenden monatlichen Einkünfte führen zu einer Ermäßigung des Hundertsatzes um 10 vom Hundert, höchstens jedoch zu einer Kürzung des Monatsbetrages der Rente um 50 Deutsche Mark.“

2. Folgender neuer § 13a wird eingefügt:

„§ 13a

Zusammentreffen von Renten für Schaden an Leben
mit Renten für Schaden an Körper oder Gesundheit oder
mit Renten für Schaden im beruflichen Fortkommen

Sofern dies für den Hinterbliebenen günstiger ist, nimmt die Rente für Schaden an Leben bei Zusammentreffen mit einer Rente für Schaden an Körper oder Gesundheit oder mit einer Rente für Schaden im beruflichen Fortkommen nach § 81 oder § 93 BEG an den nach der Besoldungsübersicht (Anlage 1) vorgesehenen Rentenerhöhungen für die Zeit ab 1. April 1957 nicht teil. Dafür wird bei der Festsetzung des Hundertsatzes gemäß § 13 die Rente für Schaden an Körper oder Gesundheit oder die Rente für Schaden im beruflichen Fortkommen nach § 81 oder § 93 BEG nur mit dem Betrag berücksichtigt, der sich ohne die ab 1. April 1957 in Anlehnung an die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbeamten vorgesehenen Rentenerhöhungen errechnet.“

3. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für	vom 1. 4. 1957 bis 31. 5. 1960	vom 1. 6. 1960 bis 31. 12. 1960	ab 1. 1. 1961
die Witwe	220 DM	236 DM	255 DM
den Witwer	220 DM	236 DM	255 DM
die Vollwaise	110 DM	118 DM	128 DM
die erste und zweite Halbwaise, wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird,	je 83 DM	89 DM	97 DM
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird,	je 61 DM	66 DM	72 DM
die dritte und jede folgende Halbwaise	je 55 DM	59 DM	64 DM
den elternlosen Enkel	110 DM	118 DM	128 DM
die Eltern oder die Adoptiveltern zusammen	165 DM	177 DM	192 DM
einen überlebenden Elternteil oder Adoptivelternteil	110 DM	118 DM	128 DM.*

4. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält die nachfolgende Fassung:

Anlage 1
(zu § 10)

Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	ab 1. 1. 1961	5 949	8 186	12 647	19 826
2. Unfallruhegehalt (66 $\frac{2}{3}$ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	ab 1. 1. 1961	3 966	5 458	8 432	13 218
3. Witwengeld (60 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992
	bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	ab 1. 1. 1961	2 380	3 275	5 059	7 931
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	ab 1. 1. 1961	1 190	1 637	2 530	3 965

Artikel II
Anderung der 2. DV-BEG

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (2. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 25. Februar 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 130) wird wie folgt geändert:

1. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Absatz 1 eingefügt:

„(1) Bei der Bemessung des Hundertsatzes ist von dem jeweiligen Mittelwert der in § 31 Abs. 5 BEG festgelegten Hundertsätze auszugehen. Soweit die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Verfolgten dies rechtfertigen, ist ein niedrigerer oder höherer Hundertsatz festzusetzen.“

b) Die bisherigen Absätze 1 bis 5 werden Absätze 2 bis 6.

2. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente
(§ 32 Abs. 1 BEG)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 4. 1957 bis 31. 5. 1960	vom 1. 6. 1960 bis 31. 12. 1960	ab 1. 1. 1961
von 25 bis 39 v. H.	110 DM	118 DM	128 DM
von 40 bis 49 v. H.	138 DM	148 DM	160 DM
von 50 bis 59 v. H.	165 DM	177 DM	192 DM
von 60 bis 69 v. H.	193 DM	207 DM	224 DM
von 70 bis 79 v. H.	220 DM	236 DM	255 DM
von 80 und mehr v. H.	275 DM	295 DM	319 DM.*

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu §§ 13 und 14) erhält die nachfolgende Fassung:

Anlage
(zu §§ 13 und 14)

Besoldungsübersicht

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum	ab	ab	ab	ab	ab	
		voll- endetem 30. Lebens- jahr	voll- endetem 30. Lebens- jahr	voll- endetem 35. Lebens- jahr	voll- endetem 40. Lebens- jahr	voll- endetem 45. Lebens- jahr	voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr
1. Dienstehkommen jährlich Einfacher Dienst	bis 30. 9. 1951	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000	3 150	3 300
	bis 31. 3. 1953	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508
	ab 1. 1. 1961	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr
2. Dienst Einkommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336
	bis 31. 12. 1955	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624
	bis 31. 5. 1960	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580
	ab 1. 1. 1961	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186
3. Dienst Einkommen jährlich Gehobener Dienst	bis 30. 9. 1951	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
	bis 31. 12. 1955	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31. 3. 1957	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31. 5. 1960	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31. 12. 1960	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	ab 1. 1. 1961	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
4. Dienst Einkommen jährlich Höherer Dienst	bis 30. 9. 1951	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
	bis 31. 3. 1953	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
	bis 31. 12. 1955	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31. 3. 1957	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560
	bis 31. 5. 1960	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480
	bis 31. 12. 1960	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
	ab 1. 1. 1961	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826

Artikel III

Anderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (3. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 25. Februar 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 130) wird wie folgt geändert:

1. § 22a erhält folgende Fassung:

„§ 22a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 83 Abs. 2 BEG)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. April 1959 bis 31. Mai 1960 = 630 DM

vom 1. Juni 1960 bis 31. Dezember 1960 = 660 DM

ab 1. Januar 1961 = 700 DM.“

2. § 33 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Lebensaltersstufe	Teilungszahl	
	bis zum 31. 12. 1960	ab 1. 1. 1961
bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	6	5,4
ab vollendetem 55. Lebensjahr	4	3,6.“

3. § 33a erhält folgende Fassung:

„§ 33a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente
(§ 95 Abs. 1 BEG)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt

vom 1. April 1959 bis 31. Mai 1960 = 630 DM
vom 1. Juni 1960 bis 31. Dezember 1960 = 660 DM
ab 1. Januar 1961 = 700 DM.“

4. Die Einkommensübersicht (Anlage 1 zu §§ 12 und 21) erhält die nachfolgende Fassung:

Anlage 1
(zu §§ 12 und 21)

Einkommensübersicht

1. Einfacher Dienst

Lebensalter	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr		Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr		Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr		Ab vollendetem 55. Lebensjahr	
		+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	3 600,—	3 300,—	3 960	3 600,—	4 320	3 900,—	4 680
	Monatseinkommen	250,—	275,—	330	300,—	360	325,—	390
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	4 320	4 680	5 040	4 200,—	5 040	4 500,—	5 400
	Monatseinkommen	360	325,—	390	350,—	420	375,—	450
ab 1. 1. 1961	Jahreseinkommen	5 940	6 480	7 020	4 500,—	5 400	4 800,—	5 760
	Monatseinkommen	495	350,—	420	375,—	450	400,—	480

2. Mittlerer Dienst

		+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %	
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	4 320	4 050,—	4 860	4 500,—	5 400	4 950,—	5 940	
	Monatseinkommen	360	337,50	405	375,—	450	412,50	495	
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	5 940	6 480	7 020	5 400,—	6 480	5 850,—	7 020	
	Monatseinkommen	495	412,50	495	450,—	540	487,50	585	
ab 1. 1. 1961	Jahreseinkommen	8 160	8 820	9 580	6 300,—	7 620	6 300,—	7 560	
	Monatseinkommen	680	450,—	540	487,50	585	525,—	630	

3. Gehobener Dienst

		+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %	
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	7 920	5 700,—	6 840	6 600,—	7 920	7 500,—	9 000	
	Monatseinkommen	660	475,—	570	550,—	660	625,—	750	
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	10 800	6 900,—	8 280	7 800,—	9 360	8 700,—	10 440	
	Monatseinkommen	900	575,—	690	650,—	780	725,—	870	
ab 1. 1. 1961	Jahreseinkommen	14 760	7 500,—	9 000	8 400,—	10 080	9 300,—	11 160	
	Monatseinkommen	1230	625,—	750	700,—	840	775,—	930	

4. Höherer Dienst

Lebensalter		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr		Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr		Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr		Ab vollendetem 55. Lebensjahr	
			+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %		+ 20 %
bis 30. 9. 1953	Jahreseinkommen	7 200,—	8 640	8 400,—	10 000	9 600,—	11 520	10 800,—	12 960
	Monatseinkommen	600,—	720	700,—	840	800,—	960	900,—	1 080
bis 31. 12. 1960	Jahreseinkommen	8 400,—	10 080	9 600,—	11 520	10 800,—	12 960	12 000,—	14 400
	Monatseinkommen	700,—	840	800,—	960	900,—	1 080	1 000,—	1 200
ab 1. 1. 1961	Jahreseinkommen	9 000,—	10 800	10 200,—	12 240	11 400,—	13 680	12 600,—	15 120
	Monatseinkommen	750,—	900	850,—	1 020	950,—	1 140	1 050,—	1 260

5. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu §§ 15 und 17) erhält die nachfolgende Fassung:

Anlage 4
(zu §§ 15 und 17)

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

Lebensalter		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr		Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr		Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr		Ab vollendetem 55. Lebensjahr	
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	2 700		3 000		3 300		3 450	
	bis 31. 3. 1953	3 132		3 480		3 828		4 002	
	bis 31. 12. 1955	3 564		3 960		4 356		4 554	
	bis 31. 3. 1957	3 888		4 320		4 752		4 968	
	bis 31. 5. 1960	4 680		4 914		5 148		5 244	
	bis 31. 12. 1960	5 008		5 258		5 508		5 611	
	ab 1. 1. 1961	5 409		5 679		5 949		6 060	

2. Mittlerer Dienst

Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 400		4 000		4 600		4 900	
	bis 31. 3. 1953	3 944		4 640		5 336		5 684	
	bis 31. 12. 1955	4 488		5 280		6 072		6 468	
	bis 31. 3. 1957	4 896		5 760		6 624		7 056	
	bis 31. 5. 1960	5 698		6 622		7 084		7 448	
	bis 31. 12. 1960	6 097		7 086		7 580		7 969	
	ab 1. 1. 1961	6 585		7 653		8 186		8 607	

3. Gehobener Dienst

Lebensalter		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
	bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
	bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
	bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
	bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
	bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
	ab 1. 1. 1961	8 959	11 066	12 647	13 395

4. Höherer Dienst

Lebensalter		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
	bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	ab 1. 1. 1961	12 471	16 033	19 826	21 436

6. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5 zu § 22) erhält die nachfolgende Fassung:

Besoldungsübersicht

Anlage 5
(zu § 22)

Rente

1. Einfacher Dienst

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
	bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
	bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
	bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
	ab 1. 1. 1961	5 409	5 679	5 949	6 060
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	1 604	2 574	3 267	3 416
	bis 31. 3. 1957	1 750	2 808	3 564	3 726
	bis 31. 5. 1960	2 106	3 194	3 861	3 933
	bis 31. 12. 1960	2 253	3 418	4 131	4 208
	ab 1. 1. 1961	2 433	3 691	4 461	4 545
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1955	1 080	1 716	2 184	2 280
	bis 31. 3. 1957	1 164	1 872	2 376	2 484
	bis 31. 5. 1960	1 404	2 136	2 580	2 628
	bis 31. 12. 1960	1 512	2 280	2 760	2 808
	ab 1. 1. 1961	1 632	2 472	2 976	3 036
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	90	143	182	190
	bis 31. 3. 1957	97	156	198	207
	bis 31. 5. 1960	117	178	215	219
	bis 31. 12. 1960	126	190	230	234
	ab 1. 1. 1961	136	206	248	253

2. Mittlerer Dienst

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35 Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 12. 1955	4 498	5 280	6 072	6 468
	bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
	bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
	bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
	ab 1. 1. 1961	6 585	7 653	8 186	8 607
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	2 020	3 432	4 554	4 851
	bis 31. 3. 1957	2 203	3 744	4 968	5 292
	bis 31. 5. 1960	2 564	4 304	5 313	5 586
	bis 31. 12. 1960	2 743	4 605	5 685	5 977
	ab 1. 1. 1961	2 962	4 973	6 140	6 455
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1955	1 356	2 292	3 036	3 240
	bis 31. 3. 1957	1 464	2 496	3 312	3 528
	bis 31. 5. 1960	1 716	2 890	3 552	3 732
	bis 31. 12. 1960	1 836	3 072	3 792	3 984
	ab 1. 1. 1961	1 980	3 324	4 104	4 308
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	113	191	253	270
	bis 31. 3. 1957	122	208	276	294
	bis 31. 5. 1960	143	240	296	311
	bis 31. 12. 1960	153	256	316	332
	ab 1. 1. 1961	165	277	342	359

3. Gehobener Dienst

1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
	bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
	bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
	bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
	ab 1. 1. 1961	8 959	11 066	12 647	13 395
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	2 851	5 148	7 128	7 722
	bis 31. 3. 1957	3 110	5 616	7 776	8 424
	bis 31. 5. 1960	3 488	6 224	8 208	8 775
	bis 31. 12. 1960	3 732	6 660	8 783	9 389
	ab 1. 1. 1961	4 031	7 193	9 486	10 046
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1955	1 908	3 432	4 752	5 148
	bis 31. 3. 1957	2 076	3 744	5 184	5 616
	bis 31. 5. 1960	2 328	4 152	5 472	5 856
	bis 31. 12. 1960	2 496	4 440	5 856	6 264
	ab 1. 1. 1961	2 688	4 800	6 326	6 708
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	159	286	396	429
	bis 31. 3. 1957	173	312	432	468
	bis 31. 5. 1960	194	346	456	488
	bis 31. 12. 1960	208	370	488	522
	ab 1. 1. 1961	224	400	528	559

4. Höherer Dienst

1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
	bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
	bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
	bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
	ab 1. 1. 1961	12 471	16 033	19 826	21 436
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1955	3 280	6 752	10 626	12 474
	bis 31. 3. 1957	3 578	7 366	11 592	13 608
	bis 31. 5. 1960	3 777	7 775	12 236	14 175
	bis 31. 12. 1960	4 041	8 242	12 990	15 026
	ab 1. 1. 1961	4 364	8 819	13 899	16 078

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
3. Jahresrente (² / ₃ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1955	2 196	4 512	7 092	7 200
	bis 31. 3. 1957	2 388	4 908	7 200	7 200
	bis 31. 3. 1959	2 520	5 184	7 200	7 200
	bis 31. 5. 1960	2 520	5 184	7 560	7 560
	bis 31. 12. 1960	2 700	5 496	7 920	7 920
	ab 1. 1. 1961	2 916	5 880	8 400	8 400
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1955	183	376	591	600
	bis 31. 3. 1957	199	409	600	600
	bis 31. 3. 1959	210	432	600	600
	bis 31. 5. 1960	210	432	630	630
	bis 31. 12. 1960	225	458	660	660
	ab 1. 1. 1961	243	490	700	700

Artikel IV

Übergangsvorschriften

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer vor Verkündung dieser Verordnung ergangenen Entscheidung steht einer erneuten Entscheidung auf Grund dieser Verordnung nicht entgegen.

(2) Soweit vor Verkündung dieser Verordnung Ansprüche von Berechtigten durch Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bewenden. Das gleiche gilt, soweit die Ansprüche vor Verkündung dieser Verordnung durch unanfechtbaren Vergleich geregelt worden sind.

Artikel V

Anwendung in Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 240 BEG auch im Land Berlin.

Artikel VI

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Ausnahme von Artikel I Nr. 2, Artikel II Nr. 1 und Artikel III Nr. 2 und 4 mit Wirkung vom 1. Juni 1960 in Kraft. Artikel I Nr. 2 tritt mit Wirkung vom 1. April 1957, Artikel II Nr. 1 und Artikel III Nr. 2 und 4 treten mit Wirkung vom 1. Januar 1961 in Kraft.

Bonn, den 8. Mai 1961

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister der Justiz
Schäffer

Der Bundesminister der Finanzen
Etzel

Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnung nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Bundesanzeiger Nr. vom	Tag des Inkraft- tretens
Verordnung TS Nr. 2/61 über Tarife für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen Vom 2. Mai 1961	86 5. 5. 61	8. 5. 61

Einbanddecken für den Jahrgang 1960

Teil I: 2,— DM zuzüglich 0,80 DM Porto und Verpackung

Teil II: 6,— DM (3 Einbanddecken) zuzüglich 0,90 DM Porto und Verpackung

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift wie in den vergangenen Jahren

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung

VERLAG „BUNDESGESETZBLATT“ BONN · POSTFACH

Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III

Bisher erschienen:

- Folge 1:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 1. Lieferung
30 Gerichtsverfassung und Berufsrecht der Rechtspflege — 300 Gerichtsverfassung — 301 Richter — 302 Entlastung der Gerichte, Rechtspfleger. (44 Seiten; Einzelbezug 1,54 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 2:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 2. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 310 Zivilprozeß, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung — 311 Vergleich, Konkurs, Einzelgläubigeranfechtung. (206 Seiten; Einzelbezug 7,21 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 3:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 3. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 312 Strafverfahren, Strafvollzug, Strafregister — 313 Haftentschädigungen, Gnadenrecht — 314 Auslieferung und Durchführung (112 Seiten; Einzelbezug 3,92 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 4:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 4. Lieferung
31 Verfahren vor den ordentlichen Gerichten — 315 Freiwillige Gerichtsbarkeit — 316 Verfahren bei Freiheitsentziehungen — 317 Verfahren in Landwirtschaftssachen — 318 Beglaubigung öffentlicher Urkunden. (80 Seiten; Einzelbezug 2,80 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 5:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 6. Lieferung
36 Kostenrecht — 360 Gerichtskostengesetz — 361 Kostenordnung — 362 Kosten der Gerichtsvollzieher — 363 Kosten im Bereich der Justizverwaltung — 364 Gebührenbefreiungen — 365 Justizbeitragsordnung — 366 Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer bei den Gerichten — 367 Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen — 368 Gebührenordnung für Rechtsanwälte — 369 Gebühren und Auslagen von Rechtsbeiständen. (108 Seiten; Einzelbezug 3,71 DM zuzüglich 0,15 DM Versandgebühren.)
- Folge 6:** Sachgebiet 1 (Staats- und Verfassungsrecht) — Einzige Lieferung
10 Verfassungsrecht — 11 Staatliche Organisation — 12 Verfassungsschutz — 13 Bundesgrenzschutz. (256 Seiten; Einzelbezug 8,96 DM zuzüglich 0,50 DM Versandgebühren.)
- Folge 7:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 13. Lieferung
23 Raumordnung, Bodenverteilung, Wohnungsbau-, Siedlungs- und Heimstättenwesen, Wohnraumbewirtschaftung, Kleingartenwesen, Grundstücksverkehrsrecht (außer land- und forstwirtschaftlichem Grundstücksverkehrsrecht). (196 Seiten; Einzelbezug 6,86 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 8:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 2. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 203 Recht der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen — 2030 Beamte — 2031 Disziplinarrecht. (164 Seiten; Einzelbezug 5,74 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 9:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 14. Lieferung
24 Vertriebene, Flüchtlinge, Evakuierte, politische Häftlinge und Vermißte. (60 Seiten; Einzelbezug 2,10 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 10:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 4. Lieferung
41 Handelsrecht — 410 Allgemeines Handelsrecht. (128 Seiten; Einzelbezug 4,48 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 11:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 9. Lieferung
42 Gewerblicher Rechtsschutz — 420 Patentrecht — 421 Gebrauchsmusterrecht — 422 Recht der Arbeitnehmererfindungen — 423 Warenzeichenrecht — 424 Gemeinsame Rechtsvorschriften — 43 Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb — 44 Urheberrecht — 440 Urheberrechtliche Vorschriften — 441 Verlags-
- recht — 442 Geschmacksmusterrecht — Anhang 01-42, 01-43, 01-44 Mehrseitige Verträge (220 Seiten; Einzelbezug 7,70 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 12:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 1. Lieferung
20 Allgemeine innere Verwaltung — 200 Behördenaufbau — 201 Verwaltungsverfahren und -zwangsverfahren — 202 Verwaltungsgebühren (20 Seiten; Einzelbezug 0,70 DM zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)
- Folge 13:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 5. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 210 Paß-, Ausweis- und Meldewesen — 211 Personenstandswesen. (40 Seiten; Einzelbezug 1,40 DM zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)
- Folge 14:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 7. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 212 Gesundheitswesen — 2122 Ärzte und sonstige Heilberufe — 2123 Zahnärzte und Dentisten — 2124 Hebammen und Heilhilfsberufe. (112 Seiten; Einzelbezug 3,92 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 15:** Sachgebiet 3 (Rechtspflege) — 5. Lieferung
32—35 Gerichte für besondere Sachgebiete. (80 Seiten; Einzelbezug 2,80 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 16:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 10. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 214 Bauwesen — 214 Sachleistungsrecht, Enteignungsrecht — 215 Ziviler Bevölkerungsschutz. (68 Seiten; Einzelbezug 2,38 DM zuzüglich 0,25 DM Versandgebühren.)
- Folge 17:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 6. Lieferung
21 Besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 212 Gesundheitswesen — 2120 Organisation des Gesundheitswesens — 2121 Apotheken- und Arzneimittelwesen, Gifte (160 Seiten; Einzelbezug 5,60 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 18:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 10. Lieferung
45 Strafrecht — 450 Strafgesetzbuch und zugehörige Gesetze — 451 Jugendgerichtsgesetz — 452 Wehrstrafrecht — 453 Einzelne strafrechtliche Nebengesetze — 454 Recht der Ordnungswidrigkeiten. (120 Seiten; Einzelbezug 4,20 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 19:** Sachgebiet 4 (Zivilrecht und Strafrecht) — 5. Lieferung
41 Handelsrecht — 411 Börsenrecht — 4110 Börsenvorschriften — 4111 Zulassung zum Börsenhandel — 4112 Feststellung des Börsenpreises — 4113 Abwicklung von Börsengeschäften — 4114 Zulassung zum Börsenterminhandel — 415 Einzelzulassungen zum Börsenterminhandel. (40 Seiten; Einzelbezug 1,40 DM zuzüglich 0,20 DM Versandgebühren.)
- Folge 20:** Sachgebiet 2 (Verwaltung) — 8. Lieferung
21 besondere Verwaltungszweige der inneren Verwaltung — 212 Gesundheitswesen — 2125 Lebens- und Genußmittel, Bedarfsgegenstände. (148 Seiten; Einzelbezug 5,18 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)
- Folge 21:** Sachgebiet 9 (Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen, Bundeswasserstraßen) — 12. Lieferung
95 Schifffahrt — 951 Seeschifffahrt — 9510 Verwaltung und allgemeine Ordnung der Seeschifffahrt — 9511 Verkehrsordnung. (164 Seiten; Einzelbezug 5,74 DM zuzüglich 0,35 DM Versandgebühren.)

Bestellungen sind zu richten an:

Sammlung des Bundesrechts
Bundesgesetzblatt Teil III, Köln 1, Postfach

Die Sammlung kann im Abonnement nur für alle Sachgebiete bezogen werden. Der Preis beträgt 5 Pf pro gelieferttes Blatt im Format DIN A 4 einschl. Umschlag und Versandkosten. Eine Abonnementsbestellung bei der Post ist nicht möglich. Rechnungserteilung erfolgt postnumerando durch den Verlag nach dem Umfang der gelieferten Hefte.

Hefte einzelner Sachgebiete können bezogen werden zum Preise von 7 Pf pro Blatt einschl. Umschlag zuzüglich Versandkosten gegen Voreinsendung des entsprechenden Betrages auf Postcheckkonto Köln 1128 „Sammlung des Bundesrechts Bundesgesetzblatt Teil III“ oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei. Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Anstufung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag: Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 5,— zuzüglich Zustellgebühr. Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 1,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postcheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung. Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühr DM 0,10.